

für Halle vierteljährlich bei postmaler Aufstellung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., ansonst Vierteljahrsgebühr. Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen.

Saale-Beitung.

Zweihundertvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle des Verlegers 68. 1. vom nur unteren Annehmlichkeiten, alle Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekanntes der Seite 75 P.

Nr. 135.

Halle a. S., Freitag, den 20. März

1908.

Die Reichsfinanzen.

Die Einzelstaaten hatten für die Schulden des Reiches unbedarft. Was das Reich braucht, sei es zur Verjüngung seiner Schulden, sei es für andere Zwecke, muß wenn es nicht aus anderen Quellen genommen werden kann, durch Matrifularbeiträge aufgebracht werden.

Zürli Bismarck hat gelegentlich die Aeußerung getan, die Reichsfinanzverwaltung könne nie in Verlegenheit geraten; denn für alle Bedürfnisse des Reiches hatten die Einzelstaaten zu anderen Zeiten hat er sich eifrig bemüht, ihnen diese Last leicht zu machen.

Die Pflicht, für die Bedürfnisse des Reiches aufzukommen, ist den Einzelstaaten durch die Verfassung auferlegt, und wenn die Finanzen des Reiches in Unordnung geraten, haben die Einzelstaaten zu ersten Besorgnissen Veranlassung.

Unter allen Einzelstaaten gibt es nur einen, der ein außerordentlich gewinnbringendes Erwerbsgeschäft betreibt. Das ist Preußen mit seinem Eisenbahngewerbe. Infolgedessen sind die Finanzen Preußens in erträglichem Zustand.

Die Schuldlast des Reiches ist in beständiger Wachsen. Nicht allein treten Jahr für Jahr große außerordentliche Bedürfnisse auf, die durch Anleihen befriedigt werden müssen, sondern die Einnahmen reichen nicht einmal aus, die ordentlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Von einem französischen Finanzminister des vorigen Jahrhunderts rührt ein geflügeltes Wort her, das besagt, daß die Politik eines Staates und seine Finanzen in inniger Wechselwirkung stehen. Ist die Politik gut, so werden auch die Finanzen gut sein; sind die Finanzen schlecht, so deutet dies darauf hin, daß auch die Politik schlecht ist.

Die Politik des Deutschen Reiches wird nach der Verfassung vom Bundesrat gemacht. Im Bundesrat hat Preußen einen sehr großen Einfluß, aber die übrigen Staaten haben gegenüber Preußen die Mehrheit.

Schlechte Finanzen führen auf zwei Quellen zurück: auf hohe Ausgaben und auf geringe Einnahmen. Was die Ausgaben anbetrifft, so hat das junge Reich sich alsbald einer Reihe von Aufgaben unterzogen, wie sie in dieser Fülle und Schnelligkeit noch niemals von einem Staate übernommen worden sind.

Man sagt, jede einzelne dieser Ausgaben sei nützlich gewesen. Was sein; aber an jeden Privatmann wird die Forderung gestellt, daß er seine Ausgaben nicht allein nach dem Nutzen bemisst, den er von ihnen erwartet, sondern auch nach dem Umfang der Mittel, die ihm zu Gebote stehen, und wir urteilen hart über ihn, wenn er dieser Verpflichtung nicht nachkommt.

Die Forderung ist ein Staatsweises zu stellen. Der Finanznot des Reiches wird nur dann gehoben werden, wenn die begangenen Fehler von Grund auf wieder met gemacht werden.

Deutsches Reich.

Neue Kämpfe in Sidwest - 14 Deutsche gefallen.

Eine Spezialedepotie medet uns aus Berlin: Bei einem Angriff auf Simon Copper in der Kalahariwüste fielen Hauptmann v. Gardt, Leutnant Ebneger und 12 Mann, 9 Mann sind schwer verletzt. Von den Simon Copper-Leuten fielen 58 Mann, der Rest wurde zerstreut, Simon Copper selbst entkam.

Weitere Einzelheiten liegen noch nicht vor. Daß in Sidafrika in letzter Zeit wieder starke Gährung herrschte, wurde bereits gemeldet. Mit Schmerz wird man von dem ersten Ereignis Kenntnis nehmen, das so vielen braven deutschen Kämpfern den Tod gebracht, viele in schwerem Siechtum und Krankheit verstrickt hat.

Das Vereinigeseh angenommen.

Ueber die Annahme des Vereinigesehes berichtet der Tag: Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Vereinigeseh-Kommission des Reichstages wurde von den bereits mitgeteilte Kompromißantrag der Blodparteien zu dem Sprachenparagrafen an die Mitglieder der Kommission verteilt. Abg. Dr. Müller-Meiningen gab hierzu folgende Erklärung ab:

Gegenüber den gefälligen Ausströmungen in der Presse, daß unsere nummehrige Haltung zu § 7 des Vereinigesehes abhängig gemacht sei von Konzessionen auf dem Gebiete des Börsegesesehes erkläre ich folgendes: Es ist eine Verleumdung, wenn eine solche Verknüpfung der beiden legislativen Aufgaben behauptet wird.

Die Abg. v. Payer und Schrader erklärten hierauf für ihre Verion daselbe. Die Abg. Dietrich (kons.), Jürli v. Sackel (Sp.) und Dr. Sieber (natl.) befürworteten die Nichtigkeit der Erklärung und appellierten an die Ehrlichkeit der Gegner, diese Erklärung in der Presse wahrheitsgemäß zu verbreiten.

Ein Zentrumredner nimmt u. a. Anstoß an dem Ausdruck „alteingesessen“. Diese Bestimmung könne sehr willkürlich gehandhabt werden. Die zwanzigjährige Karenzzeit habe einen eigentümlichen, ja humoristischen Eindrud hervorgerufen. Ferner seien in dem Antrag die Kommunalwahlen nicht berücksichtigt.

Die Debatte wird geschlossen. Der Kompromißantrag der Blodparteien wird mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die §§ 8, 9, 10 und 11 werden nach Vorlesungen der Blodparteien bzw. den Beschlüssen in erster Lesung angenommen.

Die Debatte über die Reformen der Arbeiterorganisationen wird mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die §§ 12 bis 16, die einen Anstoß mehr formaler Natur haben, teils mit großer Mehrheit, teils mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung über das Geseh

nehmen die Blodparteien für, die Minorheitsparteien gegen das Geseh. — Damit ist die Aufgabe der Kommission erledigt.

Preußisch-Sächsische Eisenbahneinnahmen.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt: Der Februar d. J. brachte den preußisch-sächsischen Staatseisenbahnen im Vergleich zum vorjährigen Februar eine Mehrerinnahme von 2 1/2 Millionen Mark im Personenverkehr und 7 1/2 Mark im Güterverkehr und von 0,04 Millionen Mark aus sonstigen Quellen, im ganzen also von 10 1/2 Millionen Mark. Bei der Verteilung dieses Ergebnisses darf nicht außer Betracht bleiben, daß der diesjährige Februar infolge des Schaltjahres 29 Tage zählt.

Zu der zweiten sächsischen Kammer

in Dresden wies Graf von Söhnelndal gelegentlich der Beratung des Ministeriums des Innern die von verchiedenen Vorrednern gegen das Ministerium des Innern erhobenen Angriffe zurück, und nahm insbesondere die Wahrheitsdeputation in Schutz. Ihre Beratungen seien durchaus nicht auf einem toten Punkt angelangt. Er hoffe, daß noch ein erprobliches Ergebnis erzielt werden würde.

Zum Kompromiß beim Vereinigeseh

äußert sich die Natl.-lib. Korrr., daß dem Vorsitzenden der Kommission, Dr. Sieber, an dem Zustandekommen des Kompromisses ein erheblicher Anteil zuzuschreiben sei. „Er hat auch in den entscheidenden Momenten — und ihrer waren, das ist ja kein Geheimnis mehr, nicht wenige — sich eine ruhige Zuversicht bewahrt, ist unermüdlich gewesen in Verhandlungen mit der Regierung und der Blodisten und hat, selbst wenn die Dinge sich zuspitzten drohten, die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang nicht aufgegeben.“

Die deutschen Freimaurerlogen im Jahre 1907.

Die deutschen Freimaurerlogen sind in einer ständigen Zunahme begriffen. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts hat sich die Zahl der Logen von 426 im Jahre 1899 auf 486 im Jahre 1907 vermehrt und die Zahl der Mitglieder ist um etwa 6000 gestiegen. Am 24. Juni 1906 zählte man der „Magdeb. Zig.“ zufolge in 478 Logen 52 279 Mitglieder, am 24. Juni 1907 hatte sich die Zahl der Logen um 8 auf 486, die Zahl der Mitglieder um 748 auf 53 027 vermehrt.









